

Schmidt droht: Notfalls den RP einschalten



Rechtsamt prüft, den Ratsbeschluss zu kippen

Hohenlimburg. Das Rechtsamt der Stadt Hagen prüft den Antrag der Bürger für Hohenlimburg an Oberbürgermeister Schulz, dass dieser den Ratsbeschluss vom Donnerstag, 30. Juni, zum Teilflächennutzungsplan Windenergie beanstanden solle. Wie diese Zeitung am Samstag berichtete, hatte Frank Schmidt den Oberbürgermeister dazu aufgefordert, mit der Begründung, die Bezirksvertretung Hohenlimburg und die Bezirksvertretung Hagen-Mitte seien zum möglichen Bau von Windrädern am Klippchen in Holt hausen nicht angehört worden.

Wie das Presseamt dazu gestern mitteilte, werde in den nächsten Tagen eine Entscheidung getroffen. Frank Schmidt machte zwischenzeitlich deutlich, dass seine Partei bei einer ablehnenden Entscheidung des Oberbürgermeisters den Regierungspräsidenten in Arnsberg als Aufsichtsbehörde einschalten werde. Schmidt: „Es ist wichtig, in der Entscheidung zu Windenergieanlagen die Bezirksvertretung zu hören. Ein Mitglied dieses Gremiums kann immer einen wesentlichen Beitrag liefern, der von Bedeutung ist. Auch für die weiteren Beratungen in den Gremien der Stadt Hagen.“ -hey